



## Bringt die Änderung der Straßenverkehrsordnung (STVO) endlich Tempo 30 vor der Schule?

Dauerthema Verkehr: Allmannsdorf leidet seit langem unter dem Verkehr, die Mainaustraße zerschneidet den Ort. Gegenstand zahlreicher Ortstermine mit Verwaltung und Elternbeirat der Grundschule war es, das Queren der Mainaustraße insbesondere für Jüngere, aber auch für Ältere sicherer zu machen. Tenor ist, dass nur eine Geschwindigkeitsreduktion insbesondere zwischen Edeka und Rathaus Verbesserung bringen kann.

Neue Hoffnung gibt es nun durch eine geplante Änderung der STVO. Dies ist ein Vorstoß des Bundesverkehrsministeriums (BMVI). Dieser wurde von der Verkehrsministerkonferenz der Länder im Feb 2016 beschlossen. Wie uns das Verkehrsministerium Baden Württemberg - bestätigt, ist das erklärte Ziel, die Einschränkungen für Geschwindigkeitsbegrenzungen auf 30 km/h auf innerorts verlaufenden Bundesstraßen zu lockern. Das bedeutet, dass es den Kommunen ermöglicht werden soll, vor Schulen, Kindergärten, Seniorenheimen und Krankenhäusern innerorts auch auf Bundesstraßen Tempo 30 anzuordnen.

Das Thema ist nicht neu (vgl. Brief auf der nächsten Seite von 1997). Auch schon OB Frank hat den Allmannsdorfern in den letzten 20 Jahren immer wieder Unterstützung bei einer Temporeduktion zugesagt und auch entsprechende Vorstöße unternommen.

Gescheitert ist es dann immer an dem Argument, es handle sich um eine Bundesstraße.

**STVO = Straßenverkehrsordnung (verantwortlich ist der Bund)**

### Neue Regelung:

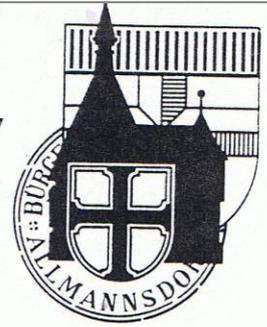
Die bürokratischen Hürden zur Errichtung von Tempo-30-Zonen sollen deutlich gesenkt werden. Bislang musste der Nachweis für die konkret vorliegende Gefahrenlage geführt werden. Damit soll die Verkehrssicherheit gerade für die schwächeren Verkehrsteilnehmer, zu denen insbesondere Kinder und Senioren zählen, verbessert werden.

### Zeitplan:

- Dez 2015 Entwurf neue STVO vom BMVI
- Jan / Feb Verbände- und Länderanhörung
- 14. April 2016 - Die Verkehrsministerkonferenz hat ein generelles Tempolimit vor Schulen, Kitas und Krankenhäusern beschlossen.
- 15. Juni 2016 STVO Änderung vom Bundeskabinett gebilligt
- 23.9.2016 Bundesratsbeschluss
- Mögliche Umsetzung Mainaustr. ab Nov 2016

Bürgervereinigung Allmannsdorf-Staad e. V.

78464 Konstanz, 25.7.1997  
 Alexander Gebauer  
 Koberleweg 16  
 Jochen Schneider  
 Oberstegle 7



An den Oberbürgermeister der Stadt Konstanz  
 Herrn Horst Frank  
 Rathaus  
 78462 Konstanz

cc: Rechts- und Ordnungsamt, BM-Fischer, Hr. Werner/Stadtwerke (z.Info)  
 BAS-Vorstand, GR-Fraktionen und Neue Linie, Presse

### **Geschwindigkeitsbegrenzung auf 40 km/h im Ortskern von Allmannsdorf herabsetzen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir wurden in dieser Angelegenheit von Herrn Bürgermeister Fischer an Sie verwiesen.

Die starke Verkehrsbelastung auf der Mainaustraße von und zur Fähre und zum Bodanrück ist hinreichend bekannt und braucht nicht weiter erläutert zu werden. Es gibt nur sehr eng begrenzte Möglichkeiten, auf diesen Verkehr Einfluß zu nehmen (Verlagerung auf ÖPNP, Nachtfahrverbot, Pfortnerampel, grossräumiges Verkehrskonzept als Beispiele). Prognosen gehen für den Allmannsdorfer Ortskern trotz aller Massnahmen von einer weiteren deutlichen Steigerung des Verkehrs aus. Neue Wohngebiete (insb. Jungerhalde Süd) haben die Probleme an den inner-örtlichen Kreuzungen verschärft.

Eine stark frequentierte Bundesstrasse durchtrennt dabei den zentralen Bereich von Allmannsdorf, einen „Dorfplatz“, auf dem sich reges kommunales Leben abspielt: Schule, Kirche, Einkauf, Post, Bushaltestellen. Die Gefährdung der Fußgänger, insb. von Kindern und älteren Menschen ist offensichtlich! Neue Ladengeschäfte beidseits der Mainaustrasse, die wir im Sinne der Bildung eines Nebenzentrums sehr begrüssen (Minderung Einkaufsfahrten), werden die Zahl der Fußgängerquerungen noch deutlich erhöhen. Die vorhandene Unterführung wird kaum angenommen und kann auch insb. Senioren oder Müttern mit Kinderwagen nicht zugemutet werden. Besondere Gefährdungen ergeben sich insb. zu Stoßzeiten (aber auch nachts) durch eine Art Endspurt-Verhalten der Autofahrer, die noch kurz vor den offiziellen Abfahrtszeiten zur Fähre wollen (selbst waghalsige Überholmanöver oder Überfahren der Ampel bei Rot können regelmässig beobachtet werden). Wir möchten erwähnen, daß die Einrichtung der Querungshilfe vor der Einmündung Oberstegle/An der Steig zwar nicht immer angenommen wird, dass dadurch aber die gefährlichen Überholmanöver in diesem Bereich praktisch vollständig unterbunden wurden.

Neben der Einrichtung weiterer Querungshilfen, die wir derzeit mit dem Baudezernat diskutieren, wäre die Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit im Ortskern auf 40km/h eine wesentliche Massnahme, die Sicherheit im Ortskern zu verbessern. Denkbar wäre auch die Aufstellung eines Radar-Kastens auf Höhe der Einmündung der Staaderstrasse. Hierfür bitten wir Sie um Ihre Unterstützung und - nach Prüfung - um einen entsprechenden Antrag an den Gemeinderat. Als Begrenzungen für einen weiteren 40km/h-Bereich schlagen wir die Ausfahrt Dreherkurve, Ortseinfahrtsschild Meidkurve und den Fährvorplatz, notfalls in engerer Fassung Wienerwald, Bushaltestelle Allmannshöhe und obere Schiffstrasse vor.

Wir sehen für einen solchen GR-Antrag sehr gute Chancen. Unterstützung erwarten wir insb. von der CDU, die sich dieses Thema seit dem VEP und einer Aktion 11/95 auf die Fahnen geschrieben hat, von der FGL sowie von weiten Kreisen der SPD-Fraktion. Wir sind ferner überzeugt, dass sich auch einige Gemeinderäte der FWG, der FDP und der Neuen Linie angesichts der Sicherheitsprobleme im Nebenzentrum Allmannsdorf überzeugen lassen werden, auch wenn dadurch die hier kaum vorstellbare „freie Fahrt“ beschränkt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Gebauer    Jochen Schneider  
 1. Vorsitzender      2. Vorsitzender